

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 730.10 / 10.12.2010

Freiheitsrecht durchsetzen – Residenzpflicht abschaffen

Zur Sitzung des Bundesrats am 17. Dezember, bei der unter TOP 26 ein Vorschlag zur weitgehenden Abschaffung der Residenzpflicht auf der Tagesordnung steht, erklärt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Luise Amtsberg**:

Ich fordere die Landesregierung auf, sich dem Antrag auf bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht anzuschließen und die historische Chance zu ergreifen, endlich auf die Residenzpflicht als Teil der Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge zu verzichten.

Zudem sollte Schleswig-Holstein mit gutem Beispiel voran gehen und bis zu einer endgültigen, bundesweiten Regelung endlich auf dem Erlassweg die Residenzpflicht für Schleswig-Holstein abschaffen, wie es von Minister Schmalfuß bereits im September versprochen wurde.

Wir lehnen die Residenzpflicht aus humanitären Gesichtspunkten in Gänze ab. Menschen in eine Art „Freiluftgefängnis“ zu sperren und mit dem oft notwendigen Überschreiten unsichtbarer Kreisgrenzen Regelverstöße zu provozieren, ist schlichtweg nicht akzeptabel.

Hintergrund:

Schon im Dezember 2009 haben die Grünen als einen der ersten parlamentarischen Anträge dieser Legislatur die Abschaffung der Residenzpflicht für Schleswig-Holstein gefordert. Nach mehreren Monaten der Beratung hat Minister Schmalfuß im September einen Erlass zur Aufhebung der Residenzpflicht für diesen Herbst angekündigt. Jetzt beschäftigt sich der Bundesrat am 17. Dezember mit dem Thema Aufhebung der Residenzpflicht für das gesamte Bundesgebiet.
